

Pressemitteilung

Haushalten droht wegen hoher Energiekosten und Inflation die Überschuldung

- iff-Überschuldungsreport 2023 zeigt Gründe für Überschuldung auf
- 35 Prozent der Ratsuchenden bei Zahlungsunfähigkeit haben weniger als 10.000 Euro Schulden
- Flächendeckende Beratungsangebote für Selbstständige fehlen

Hamburg, 27. Juni 2023: Hohe Preise für Lebensmittel und Energie sowie teure Mieten belasten das Budget der Deutschen. Und das umso mehr, je niedriger ihr monatliches Einkommen ist. Insgesamt waren vergangenes Jahr 5,88 Millionen Menschen in Deutschland überschuldet. Betroffen sind vor allem Alleinerziehende sowie alleinlebende Männer. Dies zeigt der *iff*-Überschuldungsreport 2023, den das Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (*iff*) jährlich herausgibt und von „Deutschland im Plus – die Stiftung für private Überschuldungsprävention“ gefördert wird. Die aktuelle Auswertung basiert auf 187.968 Haushalten, bei denen die Schuldnerberatung zwischen 2008 und 2022 begann.

Schulden werden gesellschaftlich oftmals mit „Schuld haben“ bewertet. Tatsächlich handelt es sich bei den drei Hauptgründen für Überschuldung zu den Ereignissen, auf die Betroffene kaum Einfluss haben. Dazu zählt Arbeitslosigkeit, die mit 19,72 Prozent nach wie vor häufigster Auslöser für Überschuldung ist. Auch unvorhersehbare Ereignisse wie Krankheit (12,93 Prozent) oder Scheidung / Trennungen (10,22 Prozent) können zu finanziell schwierigen Situationen führen. Beide Faktoren haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen.

Daneben führt auch ein geringes Einkommen Personen in eine Überschuldung (Einkommensarmut). Der Anteil der hiervon Betroffenen bleibt mit 10,48 Prozent weiterhin hoch. Zusätzlich verschärfen die gestiegenen Energiepreise die Finanzsituation vieler Menschen mit ohnehin schon knappen wirtschaftlichen Ressourcen.

Beratungsangebote für Kleinselbstständige fehlen

Überschuldung ist aber nicht nur Schicksal, sondern hat auch mit vermeidbarem Verhalten zu tun. Bei 10,53 Prozent der Ratsuchenden spielt das Konsumverhalten für die Überschuldung eine Rolle. Auch fehlende finanzielle Allgemeinbildung (4,88 Prozent) und unwirtschaftliche Haushaltsführung (2,73 Prozent) sind hier Gründe. „Hier setzen wir mit dem Angebot der Stiftung Deutschland im Plus an“, erklärt Philipp Blomeyer, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Deutschland im Plus. „In unseren Workshops lernen Jugendliche wie sie verantwortungsvoll mit Geld umgehen und ihr Kaufverhalten reflektieren können. So können wir sie vor Überschuldung schützen.“

Daneben führen andere Ursachen zur Überschuldung. In 8,41 Prozent der Fälle ist eine gescheiterte Selbstständigkeit der Hauptgrund für die Zahlungsunfähigkeit. „Für überschuldete Kleinselbstständige fehlen nach wie vor passende Beratungsstrukturen. Das ist bitter, denn hier mischen sich persönliche und unternehmerische Problemlagen. Eine frühzeitige Unterstützung würde hier bei einigen noch eine Insolvenz abwenden können“, erläutert Dr. Sally Peters, Geschäftsführende Direktorin des Finanzdienstleistungen Hamburg e.V.

Ob Kioskbesitzer:innen, Caféinhaber:innen oder Dozent:innen – der Anteil der ehemals Selbstständigen an Insolvenzverfahren steigt seit 2020 steil an. Die Verkürzung der Restschuldbefreiung auf drei Jahre führte dazu, dass viele Überschuldete den Insolvenzantrag erst 2021 einreichen. Insofern ist die Anzahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2020 und 2021 nicht wirklich aussagekräftig. Werden diese beiden Zeitperioden ausgeblendet, ist die Zahl der eröffneten Verfahren im Jahr 2022 so hoch wie seit 2017 nicht mehr und auch der Anteil der (ehemals) Selbstständigen, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnen ist mit 12 Prozent der höchste Wert seit 2008. „Die Corona-Pandemie brachte viele Kleinselbstständige ins Straucheln. Es gibt aber weiterhin keine zuverlässige Beratungsstruktur“, sagt Dr. Sally Peters, Geschäftsführerin des Institut für Finanzdienstleistungen Hamburg e.V.

Verteilung der Schuldenhöhe

Die mittlere Schuldenhöhe derjenigen, die 2023 eine Schuldnerberatung in Anspruch genommen haben, liegt im Jahr 2022 bei 16.544,77 Euro. Insgesamt haben 35 Prozent der Ratsuchenden bei Zahlungsunfähigkeit weniger als 10.000 Euro Schulden. Bei knapp drei Viertel der Beratungsfälle belaufen

sich die Forderungen offener Rechnungen zwischen 10.000 und 40.000 Euro. Rund zwei von zehn Betroffenen belastet eine Forderungssumme von mehr als 40.000 Euro.

Der vollständige Bericht ist im Internet unter <http://www.iff-ueberschuldungsreport.de> abrufbar.

Ansprechpartnerinnen für die Medien:

Für den *iff*-Überschuldungsreport: Dr. Sally Peters Tel: 040 / 3096-9110 und E-Mail: sally.peters@iff-hamburg.de

Zu den Aktivitäten der Stiftung Deutschland im Plus: Pamela Sendes Tel: 0911 / 9234950 und E-Mail: info@deutschland-im-plus.de